
58/PET XXII. GP

Eingebracht am 03.03.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Walter Schopf

Abgeordneter zum Nationalrat
Landessekretär
Gewerkschaft Metall-Textil

4020 Linz, Weingartshofstraße 2
Telefon (0732) 653347
E-Mail: walter.schopf@metaller.at

Linz, 28. Februar 2005

*An den Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Khol
Parlament
Dr. -Karl-Renner-Ring 3
A-1017 Wien*

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Resolution zur Erhaltung der Kaserne Freistadt im Sinne des § 100 Abs. 1 Z1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsgemäße Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen!

Walter Schopf

Anlagen: wie oben erwähnt

Resolution

zur Erhaltung der Kaserne Freistadt

Standort mit neuem Konzept nachhaltig sichern!

Die Kasernen Freistadt und Kirchdorf stehen ganz oben auf der Schließungsliste der Bundesregierung. Damit würden einerseits Oberösterreichs modernste Kaserne (Kirchdorf) und andererseits ein regionaler Wirtschaftsfaktor (Freistadt) vom Aus bedroht sein.

Tatsache ist, dass die Kaserne in Freistadt nicht nur Arbeitsplätze für 88 Bundesheer-Mitarbeiter schafft, sondern auch für dutzende Zulieferbetriebe überlebenswichtig ist und die Region wirtschaftlich stärkt. Zusätzliche Bundesheerbedienstete wären sogar notwendig, um den Betrieb zu optimieren - der Aufnahmestopp des Verteidigungsministeriums lässt dies derzeit nicht zu.

Mit einer Kapazität von rund 300 Betten und einer Infrastruktur für 500 Essen zählt die Kaserne auch nicht gerade zu den kleinsten. Dieses Faktum wird auch vom Bundesheer immer wieder erkannt: Freistadt ist eine beliebte Übungskaserne. Dazu kommt noch, dass die geografische Lage in Wirklichkeit nicht am Rande Österreichs liegt, sondern für das Bundesheer sehr zentral situiert ist. Der Truppenübungsplatz Allentsteig liegt eine dreiviertel Stunde, der Platz in Treffling nur eine halbe Stunde entfernt und auch ein eigener interner Übungsplatz steht zur Verfügung.

Der Gemeinderat der Stadt Freistadt mahnt dazu vehement ein, über allem Reformeifer nicht maßgebliche Argumente für den Standort Freistadt zu übersehen:

- Modernst eingerichtete Seminarräume in der Kaserne könnten jederzeit für Ausbildungsplätze des Heeres genutzt werden (Überkapazitäten der HUAK in Enns)
- Gemeinsam mit den Einsatzkräften der Region könnte die Kaserne zu einem Ausbildungs- und Übungszentrum für Katastrophen- und Zivilschutzfälle werden und neue Maßstäbe setzen. Das letzte Hochwasser oder ein drohender Unfall in Temelin zeigen die Notwendigkeit solcher Einrichtungen! Von einer heeresinternen Lösung, über die Kooperation mit dem Bundesheer bis hin zur Errichtung einer „Fach(hoch)schule“ für Katastropheneinsatz und -management ist vieles andenkbar...
- Im Ernstfall kann in der Kaserne jederzeit eine zentrale Leitstelle für Krisenstäbe eingerichtet werden, die Ausrüstung ist vorhanden.

Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion

- Viele Rekruten der Region wollen in „ihre“ heimische Kaserne einrücken, die langen Wegzeiten in andere Standorte würden nicht nur eine zusätzliche Unfallgefahr bringen sondern auch wirtschaftlich, familiär und ökologisch zu mehr Problemen führen.
- Heeresbewegungen zu und zwischen den Truppenübungsplätzen würden unnötigerweise erschwert und verlängert.
- Am grünen Tisch des Ministeriums kann nicht nur der Rechenstift zählen: Der Wert des Kasernenareals liegt auf der Hand, ob sich allerdings auch - und vor allem rasch - ein potenter Käufer findet, ist mehr als unklar.
- Der Freistädter Truppenübungsplatz würde zwar erhalten bleiben, eine Versorgung durch die Freistädter Kaserne wäre allerdings nicht mehr möglich und müsste kostenintensiv durch andere Strukturen erfolgen.

Das Beispiel des Landeskrankenhauses Freistadt hat eindrucksvoll bewiesen, dass durch **parteiübergreifende** Maßnahmen zum Schutz der Region ein Kahlschlag vermieden werden kann und sinnvolle Lösungen heraussehen. Deshalb fordert der Freistädter Gemeinderat auch alle Beteiligten auf, gemeinsam für Lösungen zu kämpfen. Von einer Schließung betroffen wären nicht nur die direkten Arbeitsplätze sondern auch die Wirtschaft, alle übrigen Einsatzkräfte, die Bürgermeister und Gemeinden in der Region bis hin zu den Eltern der Rekruten.

Ergeht an

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel
Verteidigungsminister Günther Platter
Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
und an alle Parlamentsfraktionen